

INDUSTRIALL EUROPE-MANIFEST FÜR DIE EUROPAWAHLEN 2019

ES IST AN DER ZEIT, DIE BESCHÄFTIGTEN AN DIE ERSTE STELLE ZU SETZEN!

IndustriAll European Trade Union ist ein Verband unabhängiger und demokratischer Gewerkschaften, die ArbeitnehmerInnen und Angestellte der Sektoren Metall, Chemie, Energie, Bergbau, Textil, Bekleidung, Leder und Schuhe sowie der verwandten Industrien und Aktivitäten vertreten.

Wir stehen für rund 7 Millionen Beschäftigte, die in 177 nationalen Mitgliedsgewerkschaften aus 38 europäischen Ländern organisiert sind.

Wir bündeln unsere Kräfte, um die Rechte der Beschäftigten in unseren Branchen und Sektoren besser zu schützen und zu fördern.

Wir wollen die Errungenschaften des europäischen Integrationsprozesses bewahren: Frieden und Demokratie, Zugang zu guter Bildung für alle, soziale Sicherheit, Schutz der Menschenrechte, Meinungsfreiheit usw. Dieses Erbe darf nicht ausgehöhlt werden.

Wir sind jedoch besorgt über den Verlust des Vertrauens in das europäische Projekt unter den Beschäftigten und Bürgern. Finanzkrise, selbstzerstörerische Deregulierungspolitik, Terrorismus, Brexit, Flüchtlingskrise und soziale Ausgrenzung haben zu einer Zunahme von Populismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus beigetragen.

Die Europäische Union steht jetzt an einem Scheideweg: Entweder sie wird zu einem inklusiveren und sozialeren Europa umgestaltet und reformiert oder sie wird auseinanderfallen.

Deshalb fordern wir alle Beschäftigten in der Europäischen Union auf, im Mai 2019 wählen zu gehen und für ein Europa zu stimmen, das den sozialen Fortschritt fördert, Solidarität stiftet, gute Arbeitsplätze schafft und gute Lebensqualität für alle ermöglicht.

Wir fordern die Wiederbelebung des europäischen Projekts, das auf seinen Grundwerten, d. h. sozialen Werten, beruht!

WIR WOLLEN EIN EUROPA, DAS:

- ☀ sich für die Rechte der Beschäftigten einsetzt und Beschäftigungssicherheit garantiert;
- ☀ gerechte und inklusive Gesellschaften fördert, die offen, von gegenseitigem Respekt geprägt, vielfältig und nicht diskriminierend sind;
- ☀ die Bürger schützt und Armut bekämpft;
- ☀ die Grundwerte der Europäischen Union – Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Gleichheit – schützt;
- ☀ demokratische und transparente Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen gewährleistet und die Rechenschaftspflicht der europäischen Entscheidungsträger durchsetzt;
- ☀ eine unabhängige Justiz garantiert, Korruption bekämpft und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet;
- ☀ das europäische Sozialmodell unterstützt, das weltweit als Maßstab gilt und von den früheren Generationen seit dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde;
- ☀ jungen Menschen gute Beschäftigungs- und Zukunftsaussichten bietet;
- ☀ durch die Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Netto-Null-Emissionsziels des Übereinkommens von Paris den Klimawandel bekämpft;
- ☀ energisch für den Erhalt einer florierenden Industrie innerhalb der EU eintritt.

FÜR EIN EUROPA MIT ZUKUNFT!

Das europäische Projekt ist die beste Garantie für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt auf dem gesamten Kontinent. Es ist ein einmaliges Modell, das wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialem Schutz verbinden kann und für Wohlstand und sozialen Zusammenhalt gesorgt hat. Es wurde jedoch durch eine neoliberale Spar- und Deregulierungspolitik sowie durch populistische und nationalistische Kräfte, die auf seine Zerschlagung abzielen, geschwächt und bedroht. Als europäische Gewerkschaftsbewegung wehren wir uns gegen

- ☀ eine neoliberale Agenda, die zu Sozialdumping und dem Abbau von Sozialschutz führt;
- ☀ Diskriminierung und das Auspielen von Beschäftigten und Bürgern gegeneinander;
- ☀ Druck auf die Beschäftigten, Entgelte und den sozialen Dialog;
- ☀ zunehmende wirtschaftliche und soziale Disparitäten zwischen den europäischen Regionen und Menschen;
- ☀ Prekarität und Armut trotz Erwerbstätigkeit;
- ☀ schwindende Solidarität und das Herhalten von Flüchtlingen als Sündenböcke.

Stattdessen wollen wir, dass das europäische Projekt wieder ein Motor für sozialen Fortschritt ist. Um einen gemeinsamen Markt auf der Grundlage von Zusammenarbeit, Solidarität und Gerechtigkeit zu schaffen und Europa zu einem großartigen Lebensraum für alle Bürger zu machen, müssen wir uns und unsere Stimme erheben. Deshalb ruft industriAll Europe mehr denn je dazu auf, im Mai 2019 wählen zu gehen:

Für ein starkes, inklusives und demokratisches Europa als den besten Weg zur Förderung von Arbeitnehmerrechten und Arbeitsplätzen mit guter Arbeit, starker tariflicher Absicherung und akzeptierten Mitbestimmungsrechten.

NICHT VERGESSEN: NUR WER WÄHLT, KANN MITENTSCHEIDEN!

 **industriAll**
EUROPEAN TRADE UNION

Boulevard du roi Albert II 5/10
B-1210 Brussels
+32 2226 0050 central line

WWW.INDUSTRIALL-EUROPE.EU

INDUSTRIALL EUROPE-MANIFEST FÜR DIE EUROPAWAHLEN 2019

ES IST AN DER ZEIT,
DIE BESCHÄFTIGTEN
AN DIE ERSTE
STELLE ZU SETZEN!



INDUSTRIALL EUROPEAN TRADE UNION WIRD SICH DAHER FÜR DIE FOLGENDEN ZENTRALEN FORDERUNGEN EINSETZEN:

1. HOCHWERTIGE ARBEITSPLÄTZE FÜR ALLE

Wir brauchen hochwertige Arbeitsplätze mit guten Löhnen, Arbeitsplatzsicherheit, sicheren und gesunden Arbeitsbedingungen und einem hohen Maß an Sozialschutz. Es ist an der Zeit, der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Armut trotz Erwerbstätigkeit ein Ende zu setzen. Die derzeitige Erholung ist eine einmalige Chance, das neoliberale Mantra, dass „jeder Arbeitsplatz besser ist als kein Arbeitsplatz“, durch eine europäische Strategie für „mehr, aber bessere Arbeitsplätze“ zu ersetzen.

IndustriAll Europe fordert:

- 1 den Zugang aller zu unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen;
- 2 eine Entgeltserhöhung, die es den Beschäftigten in der gesamten EU ermöglicht, ihren gerechten Anteil am erwirtschafteten Wohlstand zu erhalten und die Wirtschaft zu unterstützen;
- 3 die Bekämpfung alter und neuer Formen prekärer Arbeit: jeder einzelne Beschäftigte muss durch einen Arbeitsvertrag geschützt sein, flexible und befristete Beschäftigungsverhältnisse müssen begrenzt werden und die Arbeitszeiten müssen vorhersehbar sein; missbräuchliche Teilzeitbeschäftigung sowie Null-Stunden-Verträge müssen unterbunden werden;
- 4 die Bekämpfung des Lohnwettbewerbs und der anhaltenden Lohnunterschiede innerhalb der EU; gegebenenfalls muss ein Mindestlohn in Höhe eines existenzsichernden Einkommens festgelegt werden;
- 5 die Stärkung der Tarifverhandlungssysteme als beste Möglichkeit, Ungleichheiten zu bekämpfen und gute Löhne und Arbeitsbedingungen zum Nutzen vieler und nicht nur einiger zu garantieren;
- 6 die Gewährleistung der Chancengleichheit für alle und Bekämpfung der Diskriminierung auf den Arbeitsmärkten;
- 7 den Kampf gegen Armut trotz Erwerbstätigkeit und die Ausbeutung von Beschäftigten;
- 8 das in Beschäftigung Halten älterer Beschäftigter;
- 9 die Unterstützung einer raschen Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt;
- 10 die Regulierung der Gig-Ökonomie und Plattformarbeit; es müssen insbesondere alle Beschäftigte unabhängig von ihrem Arbeitsvertrag Zugang zu guten Arbeitsbedingungen und angemessenen Sozialleistungen haben;
- 11 eine Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

2. ES IST ZEIT, EINE SOZIALE RICHTUNG EINZUSCHLAGEN

In den letzten Jahrzehnten hat die Einkommens- und soziale Ungleichheit zugenommen. Die Sparpolitik und die Deregulierung der Arbeitsmärkte haben unsere Gesellschaften enorm belastet. Sie haben zu Arbeitslosigkeit und Armut geführt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Das Vertrauen in das europäische Projekt wird nur dann wieder steigen, wenn Europa zur Schaffung einer gerechteren Gesellschaft mit weniger Ungleichheit beiträgt. Die EU muss eine wirksame und gerechte Verteilung von Reichtum und Chancen unterstützen und sozialen Rechten den gleichen Wert zumessen wie wirtschaftlichen Freiheiten. Sie muss neben einer Wirtschaftsunion auch zu einer echten Sozialunion werden.

IndustriAll Europe fordert:

- 1 die konkrete und rasche Umsetzung der Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte;
- 2 eine zuverlässige soziale Absicherung für alle Beschäftigten in der gesamten EU; die Beschäftigten verdienen angemessenen Schutz vor sozialen Risiken: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Arbeitsunfällen usw.;
- 3 eine gerechte und progressive Einkommensbesteuerung;
- 4 gleiches Entgelt und gleiche Arbeitsbedingungen;
- 5 angemessene Renten und ein Renteneintrittsalter, das mit einer gesunden Lebenserwartung vereinbar ist und die Härte und Schwierigkeiten der Arbeitsbedingungen berücksichtigt;
- 6 die Bekämpfung von Sozialdumping;
- 7 eine gerechte Besteuerung durch progressive Steuersysteme, die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -umgehung, ein europäisches Körperschaftsteuersystem, ein hartes Vorgehen gegen Steueroasen und Briefkastenfirmen;
- 8 fairen Handel durch starke und durchsetzbare Kapitel über Arbeitnehmerrechte in bilateralen Handelsabkommen, wirksame Instrumente zur Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken, multilaterale Regeln zur Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen und um einen globalen Wettlauf nach unten zu vermeiden.

3. DEMOKRATIE AM ARBEITSPLATZ

Demokratie und soziale Gerechtigkeit enden nicht am Werkstor oder an der Bürotür. Im Rahmen des von uns verteidigten europäischen Sozialmodells müssen die Beschäftigten in jede Entscheidung einbezogen werden, die Einfluss auf die Zukunft ihres Unternehmens, ihres Arbeitsplatzes und damit letztlich auf ihr Leben haben kann. Dazu müssen sie von starken Gewerkschaften unterstützt werden, die für die Verteilung des Wohlstands, die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen und die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte von entscheidender Bedeutung sind. Demokratie am Arbeitsplatz ist in einer Zeit der massiven Transformation unserer Industrien infolge der ständig fortschreitenden Globalisierung, Digitalisierung, Ökologisierung und Überalterung unserer Gesellschaften umso erforderlicher. Es wird erwartet, dass sich die Arbeitsplätze von tausenden Europäern in den kommenden Jahren dramatisch verändern werden.

IndustriAll Europe fordert:

- 1 die Beschäftigten in die Lage zu versetzen, die massive Umstrukturierung unserer Industrien so früh wie möglich zu antizipieren und mitzugestalten, um einen nachhaltigen und sozial verantwortlichen Übergang zu gewährleisten;
- 2 die Durchsetzung und Stärkung der nationalen und europäischen Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung an Unternehmensentscheidungen sowie auf Tarifverhandlungen;
- 3 ein sofortiges Ende aller auf europäischer Ebene und in mehreren Ländern erfolgenden Angriffe auf die fundamentalen Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung;
- 4 klare Mindeststandards in ganz Europa, um sicherzustellen, dass aktiv nach alternativen Lösungen gesucht wird, um Entlassungen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden.

4. GESTALTEN WIR UNSERE ZUKUNFT

Während der Krise haben 4 Millionen Industriebeschäftigte durch unverantwortliches Verhalten im Finanzsektor ihren Arbeitsplatz verloren. Jetzt ist es an der Zeit, verlorene Industriekapazitäten wiederherzustellen und als gemeinsames und ehrgeiziges Projekt eine Strategie „Made in Europe 2030“ ins Leben zu rufen, um dringend benötigte Industriearbeitsplätze zu schaffen. Die Industrie muss wieder zu einem Motor für positiven sozialen, industriellen und ökologischen Wandel werden.

IndustriAll Europe fordert:

- 1 die Stärkung der Rolle der Industrie bei der Entwicklung von Lösungen für unsere „großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ (Energie, Klimaschutz, Überalterung, Digitalisierung, Urbanisierung usw.); die wahrscheinlich wichtigste Herausforderung für die Industriepolitik ist die Entwicklung neuer industrieller Aktivitäten in einem umweltfreundlichen Wirtschaftssystem durch die Auslotung von Synergien zwischen Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung;
- 2 die Förderung öffentlicher und privater Investitionen zur Ankurbelung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums;
- 3 industrielle Aktionspläne für alle Sektoren und Lieferketten von strategischem Interesse;
- 4 eine territorial ausgewogene Industrialisierung mit besonderer Aufmerksamkeit für strukturschwache und vom industriellen Wandel betroffene Regionen;
- 5 die verstärkte Förderung von Forschung und Innovation, damit die Industrie die Speerspitze der technologischen Entwicklung bleibt; die erste industrielle Anwendung geförderter Forschung muss in der EU verwirklicht werden;
- 6 industrie- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die es ermöglichen die strukturellen Veränderungen durch die „tiefgreifende Dekarbonisierung“ der europäischen Industrien, insbesondere der energieintensiven Sektoren, im Sinne des Erhalts von Arbeitsplätzen zu begleiten;
- 7 die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft, die zusätzliche Arbeitsplätze in den Bereichen Recycling, Wartung, Reparatur, Wiederverwendung und Wiederaufbereitung schafft;
- 8 die Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der digitalen Wirtschaft und die Vorbereitung der Beschäftigten darauf.

5. EIN ÜBERGANG ZU EINER NACHHALTIGEN INDUSTRIE, DER NIEMANDEN ZURÜCKLÄSST

Der Aufbau einer nachhaltigen, CO₂-emissionsarmen Kreislaufwirtschaft ist ein übergeordnetes gesellschaftliches Ziel. Damit sind jedoch große Herausforderungen verbunden, die angegangen werden müssen, um soziale Spannungen zu vermeiden. Die Organisation eines „gerechten Übergangs“ steht im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Dies wird auch durch die Präambel des Pariser Übereinkommens gestützt, in dem die Vertragsparteien aufgefordert werden, die „zwingende Notwendigkeit eines gerechten Strukturwandels für die arbeitende Bevölkerung“ zu berücksichtigen. Daher bedarf es zur Erreichung unserer Umweltziele einer gleichermaßen ehrgeizigen Sozialpolitik. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit müssen Hand in Hand gehen.

IndustriAll Europe fordert:

- 1 entsprechende flankierende Maßnahmen, um eine angemessene Lösung für jeden einzelnen vom Übergang betroffenen Beschäftigten zu finden: Stärkung der beruflichen Bildung und des Rechts auf lebenslanges Lernen, um die Weiterbildung und Umschulung der Beschäftigten zu gewährleisten, regionale Weiterentwicklungspläne, sozialer Dialog, der Veränderungen antizipiert, Unterstützung der Neupositionierung von Unternehmen in der Wertschöpfungskette; all dies erfordert umfangreiche finanzielle Mittel und eine europäische Koordination;
- 2 eine gerechte Energiewende, indem ehrgeizige Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien festgelegt werden, während gleichzeitig eine sichere und ausreichende Energieversorgung für Bürger und Unternehmen zu erschwinglichen Preisen gewährleistet wird;
- 3 den Schutz der europäischen Industrie vor der Verlagerung von CO₂-Emissionen (Verlagerung von Investitionen aufgrund weniger strenger Umweltauflagen andernorts); Garantie kostenloser Emissionszertifikate für die 10 % der effizientesten Anlagen.

